



Pflichtaufgaben erfüllen, Verantwortung wahrnehmen

Für eine kostendeckende öffentliche Finanzierung der Leistungen von Tierschutzvereinen und Tierheimen

Potsdam, 09. September 2017

Die öffentlichen Haushalte waren nie so gesund wie heute, die Steuereinnahmen sprudeln so stark wie nie. Gleichzeitig sind viele Kommunen, Landkreise und Länder nicht bereit, ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben im Bereich des Tierschutzes zu erfüllen – der Bund redet sich mit Zuständigkeitsfloskeln heraus, ebenso wie viele Bundesländer. Die Tierschutzvereine in Deutschland sind nicht mehr bereit, die Verantwortungslosigkeit der Politik zu finanzieren.

Es gibt Kommunen und Landkreise, die ihren gesetzlichen Pflichten vorbildlich nachkommen und den Tierschutz vor Ort schätzen und stärken. Doch leider ist das nur in wenigen Regionen so. In den vergangenen Jahren sind jegliche Versuche, allgemeinverbindliche und auskömmliche Standards der Tierheimfinanzierung auszuhandeln, an der Verweigerungshaltung der kommunalen Spitzenverbände gescheitert.

Im Ergebnis müssen die Tierschutzvereine weiterhin mühsame Verhandlungen mit jeder einzelnen Kommune führen. Bei Sicherstellungen und Beschlagnahmungen verweigern die Ämter häufig die Kostenübernahme völlig – oft, weil das für Tierschutzfälle vorgegebene Jahresbudget nicht annähernd ausreicht. Bei Fällen illegalen Tierhandels oder von Animal Hoarding wird vielfach erwartet, dass die Tierheime die betroffenen Tiere ohne gesicherte Kostenerstattung aufnehmen. Hier bringen jährliche Kosten, teilweise im sechsstelligen Bereich, die Tierheime oft in Existenznot, für notwendige Instandhaltungs- oder Renovierungsprojekte ist in der Folge meist kein Geld mehr da. Bei der Frage nach einer bundesweit geregelten einheitlichen Fundtierfinanzierung nutzt die Bundesregierung den Föderalismus als Ausrede und verweist an Länder und Kommunen.

Die Städte, Kommunen und ihre Spitzenverbände, Bund und Länder verlassen sich derzeit zu sehr darauf, dass der karitative Tierschutz in Deutschland auch zukünftig durch das vorbildliche ehrenamtliche Engagement, und die Spenden seiner Unterstützer aufrechterhalten wird. Das können die Tierschützer in Deutschland nicht mehr länger hinnehmen.

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes e.V. fordert die Kommunen und ihre Spitzenverbände sowie die Bundes- und Länderregierungen auf, sich endlich ihrer Verantwortung für den Tierschutz in Deutschland zu stellen. Es darf nicht länger sein, dass die Politik ihre Haushalte auf Kosten der Schwächsten saniert. Die Städte, die Kommunen und ihre Spitzenverbände werden aufgefordert, die Übernahme der Pflichtaufgaben und weiterer behördlicher Aufgaben in allen Mitgliedskommunen in kostendeckender Weise sicherzustellen.

Zudem fordert die Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes e.V. politische Maßnahmen, um die Lage der Tierheime zu stabilisieren, u.a. ein bundesweites Kastrationsgebot für Freigängerkatzen und eine Positivliste für die Haltung von Heimtieren verbunden mit dem Sachkundenachweis für Tierhalter, um die Fülle der Tiere zu reduzieren, die aufgrund unüberlegter Anschaffung im Tierheim landen.